

# Krise bedroht Hilfsorganisationen

**GELD FEHLT.** Vereine deckten ihre Verluste bisher durch Spenden. Die brechen nun um bis zu 20 Prozent ein.  
**VOR SYSTEMINFARKT.** Länder und Gemeinden übertragen viele soziale Aufgaben – Fortführung durch Vereine offen.

VON ERICH KOCINA  
UND ANDREAS WETZ

**WIEN.** Finanz- und Wirtschaftskrise schlagen nun auch auf die gemeinnützigen Spendenorganisationen voll durch. Die Finanzierung großer Teile von Sozial- und Gesundheitssystem steht auf dem Spiel.

Die Zusammenhänge sind komplex: Erstens übernahmen die gemeinnützigen Organisationen in den vergangenen Jahren immer mehr Aufgaben der Gebietskörperschaften. Zweitens erhalten sie dafür so geringe Subventionen, dass zwar die Steuereinnahmen entlastet werden, die Kosten der Vereine selbst aber nicht einmal ansatzweise gedeckt sind. Jährlich decken sie daher Abgänge in Millionenhöhe mit Spendenmitteln. Das Problem: Der Spendenmarkt bricht ein. Zwar will es noch niemand laut aussprechen, doch es droht ein Systeminfarkt.

Einige Organisationen verzeichnen Spendenrückgänge von zehn bis 20 Prozent, sagt Günther Lutschinger, Geschäftsführer des Fundraising-Verbands Austria. Und es wird nicht besser – angesichts der drohenden Rezession: „Die Angst um Jobs und Pensionen drückt auf das Spendenverhalten“, meint Lutschinger. Ungünstig ist auch, dass die Krise genau jetzt in der Vorweihnachtszeit immer weitere Kreise zieht. In diesem Zeitraum fließen 20 bis 25 Prozent aller Spenden.



„Die Caritas kann nicht an die Stelle des Sozialstaats rücken.“

Caritas-Präsident Franz Küberl

Dabei verzeichneten die SOS-Kinderdörfer – sie arbeiten u. a. im Auftrag der Jugendämter – im Zeitraum von Jänner bis Oktober bereits ein Minus von 5,4 Prozent – das sind 400.000 Euro weniger als im Vorjahr. Eine Summe, die 100 Kindern im Kinderdorf den Unterhalt für ein Jahr sichert. Bleiben die Spenden auf diesem Niveau, befürchtet man ein Minus von 900.000 Euro.

Ein besonders drastisches Beispiel für die Situation ist das niederösterreichische Rote Kreuz. Wie in vielen anderen Bundesländern auch nimmt es Land und Gemeinden die gesetzlich festgeschriebene Pflicht ab, die Bevölkerung mit dem Betrieb eines Rettungssystems zu versorgen. Dazu gibt es langfristige Verträge und Kostenersatz. Trotzdem musste 2008 das Rote Kreuz Niederösterreich bisher 6,5 Millionen Euro aus Eigenmitteln in das System einzahlen, um es überhaupt aufrechterhalten zu können. Wegen des Rückzugs der Krankenkassen – auch sie haben Geldprobleme – wird für 2009 ein Abgang von 13,5 Mio. Euro prognostiziert. Zum Vergleich: Der Rotkreuz-Landesgruppe stehen jährlich Spendenmittel in der Höhe von knapp über vier Mio. Euro zur Verfügung. Geschäftsführer Andreas Achraier: „Derzeit greifen wir auf Reserven zurück. Langfristig zehrt sich unsere Organisation so jedoch aus.“

## Zahl der Klienten steigt

Reinhard Hundsmüller, Bundessekretär des Rotkreuz-„Konkurrenten“ Arbeiter-Samariter-Bund, beschreibt die Situation noch deutlicher. „Die öffentliche Hand putzt sich an den Gemeinnützigen ab.“ Waren die Verträge nämlich einst zumindest annähernd kostendeckend, wurden die Subventionen jahrelang nicht erhöht. Gleichzeitig explodieren jedoch in vielen Bereichen die Kosten; Stichwort Inflation. Kosten für Lebensmittel, Mieten, Treibstoffe und Abgaben etwa. Gleichzeitig sorgen genau diese Probleme für immer mehr Klienten. Die Sozialberatung der Caritas benötigt heuer wegen des größeren

Andrangs nicht 2,5 Mio. Euro wie im Vorjahr, sondern schon drei Mio.

Dabei gibt es eine Reihe weiterer Aufgaben, die Gebietskörperschaften an Gemeinnützige delegiert haben, dafür jedoch nur schlecht bezahlen. Allein in Wien pumpt die Caritas jährlich 1,15 Mio. Euro Eigenmittel in die Grundversorgung von Asylwerbern und den Ausbau des Hospizwesens. Die Diakonie übernimmt 25 Prozent der Kosten für die Integration von Flüchtlingen und der ÖAMTC subventioniert den Betrieb der Flugrettung, eigentlich Aufgabe des Innenministeriums, jährlich mit 4,7 Mio. Euro.

## Spenden von Steuer absetzen?

Überfordert sieht sich Caritas-Präsident Franz Küberl auch deswegen, weil die Sozialämter immer mehr Menschen an die Caritas verweisen. „Dabei geht es um Menschen, die keine Überbrückungshilfe brauchen, sondern eine Existenzsicherung“, meint er. Diese Aufgabe könne seine Organisation nicht übernehmen – „die Caritas kann ja nicht an die Stelle des Sozialstaats rücken“.

Wie kann das Problem gelöst werden? Die Gemeinnützigen hoffen auf steuerliche Anreize durch eine neue Regierung. Die Absetzbarkeit von Spenden steht seit Jahren auf der Forderungsliste, die Umsetzung fehlt aber. Gerade Großspender erwarten für ihren Beitrag auch eine Gegenleistung, sei es in Form von Werbung oder von steuerlichen Vorteilen.

Ebenfalls möglich wäre, bestimmte Leistungen nicht mehr anzubieten. Allerdings, so Alexander Bodmann, Geschäftsführer der Caritas Wien, müsse die Politik das dann auch sagen und zu dieser Entscheidung stehen. Oder tiefer in die Tasche greifen. Vom Kostendeckungsgrad der Subventionen für Hauskrankenpflege in Niederösterreich können die meisten Sektoren nur träumen: Von 130 Mio. Euro Gesamtumsatz müssen Hilfswerk, Volkshilfe und Co. nur ein Prozent durch Spenden aufbringen.



## AUF EINEN BLICK

■ **Übernommen:** Viele Aufgaben des Sozial- und Gesundheitswesens werden – ganz im Sinne einer starken Zivilgesellschaft – anstatt von Bund, Ländern und Gemeinden von gemeinnützigen Organisationen erledigt. Die dafür fälligen Subventionen decken die Kosten allerdings nicht. Bisher wurden die Abgänge durch Einnahmen aus dem Spendenwesen abgedeckt.

■ **Einbruch:** Die angespannte finanzielle Lage sorgt nun innerhalb

der Bevölkerung dafür, dass die Spendenbereitschaft massiv nachlässt. Gerade in der Vorweihnachtszeit, in der sonst besonders viel gespendet wird, befürchten Hilfsorganisationen weitere Einbrüche.

■ **Höhere Kosten:** Die Hilfsorganisationen leiden zudem unter immer höheren Kosten – Stichwort Teuerung –, die sie aus ihren ohnehin schon knappen Budgets zu bewältigen haben.